



HESSISCHER LANDTAG

01. 03. 2011

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD

betreffend Maßnahmen zur Stärkung des sensiblen Umgangs mit personenbezogenen Daten in Hessen

Der Umgang mit personenbezogenen Daten ist seit Beginn der Diskussion um die Notwendigkeit des Datenschutzes stets eines der Hauptthemen und zieht sich inzwischen durch alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens.

Hinzu kommt die rasante Entwicklung der elektronischen Medien - insbesondere des Internets -, die inzwischen nicht nur einen bundesweiten Vergleich von Textpassagen erlaubt, sondern darüber hinaus die Möglichkeit bietet, auf Daten zuzugreifen, Daten zu sammeln, Daten auszutauschen und zu verknüpfen oder Daten für wirtschaftliche und staatliche Interessen zu nutzen.

Deshalb ist es umso wichtiger, dass die Nutzerinnen und Nutzer von elektronischen Medien aufmerksam und sensibel mit ihren Daten umgehen und diese nicht in zu großem Umfang freiwillig oder unbedacht bei Transaktionen im Internet und in sogenannten "social networks" preisgeben.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Steigerung des Verantwortungsbewusstseins und der Sensibilisierung im Umgang mit neuen Medien und der Preisgabe eigener persönlicher Daten eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und die Bevölkerung zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit neuen Medien befähigt werden sollte.
2. Der Landtag hält es für erforderlich, dass dem Umgang mit eigenen Daten und dem Datenschutz im schulischen Unterricht ein größeres Gewicht beigemessen wird.
3. Der Landtag hält es für notwendig, dass insbesondere im Bereich der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung datenschutzrechtliche Fragestellungen stärker einbezogen werden, um die Medienkompetenz der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu verbessern.
4. Der Landtag fordert deshalb die Landesregierung auf, ein Gesetz zur Förderung der Medienkompetenz zu entwickeln.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit Unterstützung des Hessischen Datenschutzbeauftragten Hilfestellungen für die Eltern von Schülerinnen und Schülern zu entwickeln, um diese im Verhältnis zu ihren Kindern und deren Umgang mit neuen Medien zu unterstützen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Aufklärungskampagne zum Datenschutz zu entwickeln, die insbesondere folgende Elemente enthalten sollte:
 - Die Hervorhebung der Bedeutung des Schutzes der Privatsphäre für ein freiheitliches Leben und die demokratische Ordnung.

- Eine Aufklärung über die Gefahren, die mit einem leichtfertigen Umgang mit persönlichen Daten im Internet und außerhalb des Internets verbunden sind.
- Hinweise für einen effektiven Datenschutz im privaten Bereich sowie Hinweise über Rechte und Möglichkeiten zum Schutz der eigenen Privatsphäre und zur Abwehr von Beeinträchtigungen der eigenen Interessen.
- Die Verdeutlichung, dass die Nutzerinnen und Nutzer des Internets nicht nur Rechte haben, sondern sie auch Pflichten treffen, dass sie Rechte anderer zu achten haben und ihr eigenes Verhalten moralischen Kategorien genügen sollte.

Wiesbaden, 1. März 2011

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel